

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 184

Donnerstag, den 7. August 1924.

48. Jahrgang

Die deutschen Gegenvorschläge.

Uebersetzung einer Denkschrift.

Die deutsche Delegation ist am Dienstag nachmittag zusammengetreten, um ihre Abänderungsvorschläge zu den Beschlüssen der drei Ausschüsse der Konferenz auszuarbeiten. Mit einer kurzen Unterbrechung dauerten die Beratungen die ganze Nacht hindurch bis in den frühen Morgen hinein. Um 10 Uhr vormittags konnte die deutsche Denkschrift bereits dem Generalsekretär der Konferenz übergeben werden.

Das deutsche Memorandum

wendet sich vorerst gegen die Beschlüsse der Konferenz in der Sanktionsfrage. Durch das Eingreifen der englischen und amerikanischen Bankiers sind allerdings in der Sanktionsformel Garantien geschaffen worden, die die Durchführung militärischer Sanktionen durch die alliierten Mächte praktisch außerordentlich erschweren und unwahrscheinlich machen. Immerhin wird das theoretische Recht auf solche selbständige Sanktionen nicht völlig negiert. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Delegation es ablehnt, zunächst, wenn auch nur theoretisch den Spruch durch ihre Zustimmung anzuerkennen.

Des weiteren befaßt sich die deutsche Denkschrift mit den Beschlüssen über die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und den Maßnahmen, die zu ihrer praktischen Durchführung festgesetzt sind. Die Amnestiefrage wird ebenfalls angeschnitten. Die Zweite Kommission sieht vier Einschränkungen vor, die sich auf die wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Besatzungsstruppen Verurteilten beziehen. Die deutsche Delegation dürfte verlangen, daß die Amnestie vollständig sei, ohne einschränkende Ausnahmen.

Die anderen Gegenvorschläge beschäftigen sich, wie es heißt, vor allen Dingen mit den Beschlüssen über Sachlieferungen, über die Transferfrage und über das Schiedsgerichtsverfahren.

Der deutschen Denkschrift ist ein Begleitschreiben beigefügt, in dem auf die politischen Fragen, insbesondere die Ruhräumung und die Eisenbahnerfrage hingewiesen wird. Vorher hatte zwischen Macdonald, dem Reichskanzler und Dr. Stresemann eine Aussprache über diese Fragen stattgefunden.

Ein französischer Fühler.

Der Berliner Vertreter des „Journal“ glaubt zu wissen, daß die deutschen Abgeordneten in London den Versuch machen werden, mit den französischen und belgischen Delegierten in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes einen Vergleich herbeizuführen. Die deutsche Delegation sei bereit, Frankreich und Belgien für die materiellen Opfer (!), die mit einer unmittelbaren Räumung der Gebietsteile des rechten Rheinuferes verbunden seien, durch besondere Vergünstigungen auf kommerziellen Gebieten, insbesondere durch den Abschluß eines direkten Handelsvertrages zwischen Frankreich und Deutschland zu entschädigen. Ueber das Verbleiben der 4000 Eisenbahner auf den rheinisch-westfälischen Eisenbahnen will der Korrespondent wissen, daß nach Auffassung der nahegehenden deutschen Regierungstreife eine Verständigung erzielt werden könne unter der Voraussetzung, daß Frankreich und Belgien die Dauer der Aufrechterhaltung dieser Eisenbahnbesetzung möglichst beengen. Der Korrespondent verzeichnet schließlich die optimistische Stimmung in Berliner finanziellen Kreisen im Hinblick auf den Ausgang der Londoner Konferenz. Zum Schluß äußert der Korrespondent jedoch lebhaft Bedauern, weil er aus sicherer Quelle vernommen haben will, daß Stresemann fest entschlossen sei, entweder in Form eines besonderen Protokolls oder in einer Ansprache auf einer der Volltagungen der Konferenz die Frage der Kriegsschuld Deutschlands zur Sprache zu bringen.

Es sind ja nur Deutsche!

Berlin, 6. August. Während sich der offizielle Teil der gestrigen Londoner Vollkonferenz mit den Deutschen in den allgemeinen üblichen Formen diplomatischer Höflichkeit abwickelte, wird nunmehr bekannt, daß im übrigen die deutsche Abordnung von Macdonald in einer geradezu unerhörten Weise herablassender „Jobialität“ behandelt worden ist.

Schon zu Beginn der Sitzung hielt der englische Erstminister für angebracht, die deutschen Minister über den Tisch hinweg an sich heranzuwinken, um sie mit Herriot und anderen bekanntzumachen. Das ist die Art, wie ein ungehobelter Prinzpal einem jungen Mann die Ehre erweist, ihn seiner Gemahlin vorzustellen. Nächstens pfeift Herr Macdonald noch.

Die Worte, mit denen Macdonald den Deutschen seinen Wunsch „beibrachte“, daß die Konferenz Ende dieser Woche abgeschlossen werden soll, verdienen es, ungekürzt der Emp-

fung der deutschen Öffentlichkeit übergeben zu werden. Sie lauten: „Ich will Ihnen dann noch ein Geheimnis verraten: Ich wünsche, daß man am Sonnabend mittag mit den Beratungen zu Ende ist. Wir sind ja alle noch jung, kräftig und unternehmungslustig. Wir können alle arbeiten, ohne schnell zu ermüden. Lassen wir also den festen Entschluß, keine unnützen Diskussionen zu bilden und keine langen Reden zu halten. Wenn wir so vorgehen, dann bin ich sicher, daß ich nach Schottland abreisen kann, wie ich es mir vorgenommen habe. Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß mein Zug am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr 30, von London abfährt und ich hoffe auf Ihr Entgegenkommen, meinen Plan zur Ausführung zu bringen.“

Wie gemeldet wird, war die deutsche Delegation über diese Worte außerst unangenehm berührt. Sie befürchtete einen schlechten Eindruck in Deutschland und brachte dieses nach der Konferenz Herrn Macdonald gegenüber auch zum Ausdruck. Die betreffenden Worte Macdonalds wurden daraufhin in dem amtlichen Bericht gestrichen. (!) Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die „unangenehme Uebersetzung“ der deutschen Bevollmächtigten nicht darin ihren Ausdruck fand, daß sie ihren Hut aufsetzten und die ungebührliche Behandlung, die sie erfuhr, mit dem Verlassen des Saales quittierten, in dem doch nur solche niedrigen Privaterrundungen erteilt wurden.

Die Räumungsfrage im Unterhaus.

Ausweichende Erklärungen Macdonalds.

Das englische Unterhaus setzte am Dienstag die Ruhrdebatte fort. Gleich zu Beginn der Verhandlungen brachte Lloyd George die Ruhräumung zur Sprache, die er als eine Frage ersten Ranges bezeichnete. Er führte dann weiter aus: Die Anschauungen des Premierministers entsprächen denen, die wohl jedermann in diesem Hause hätte, nämlich, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nicht rechtmäßig sei. Der Dawesbericht habe sich hierzu jeder Stellungnahme enthalten. Er selber sei der Ansicht, daß das Militär im Ruhrgebiet nur dem Schutz der Ingenieurkommission diene. Wenn daher eine wirtschaftliche Räumung der Ruhr erfolgt, so gäbe es keinen Grund, daß das Militär weiter im Ruhrgebiet verbleibe.

Bezüglich der Räumung der Kölner Zone vertritt Lloyd George die Ansicht, daß die Besetzung am 10. Januar 1923 ihr Ende erreicht habe, jedoch wäre es keinesfalls sicher, daß dieses Gebiet nicht von einer anderen Macht mit Truppen besetzt würde. In diesem Falle wäre lediglich eine erhebliche Verschlechterung der Lage eingetreten.

Macdonalds Optimismus.

In seiner Antwort führte Macdonald aus, daß der Dawesplan nur als Ganzes angenommen werden könne, und daß er sich geschweige habe, eine Aenderung des Dawes-Gutachtens in irgendwelchen Einzelheiten zuzulassen. Er sei heute optimistischer denn jemals zuvor und habe die festseltende Ueberszeugung, daß noch vor Ende dieser Woche sich eine vollkommene Einigung mit der deutschen Delegation herbeiführen lassen werde. Er glaube, das Unterhaus könne am Donnerstag in die Ferien gehen und der Regierung die Beendigung der Arbeiten überlassen. Mit Bezug auf die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes erklärte Macdonald, daß darüber durch Sachverständige, die sowohl die Situation an der Ruhr wie auch die im übrigen Deutschland kennen, ein sorgfältiger Vertragsentwurf zustande gekommen sei. Die ganze interalliierte Konferenz habe diesem Entwurf zugestimmt. Mit Bezug auf die militärische Besetzung der Ruhr

lägen die Dinge folgendermaßen: Die Sachverständigen hätten erklärt, über diese Frage keinerlei Entscheidung treffen zu können, da sie außerhalb ihrer Kompetenzen liege, aber sie wünschten diejenigen Regierungen, die das Sachverständigen-Gutachten zur Ausführung zu bringen haben, zu warnen, daß der Versuch, die volkswirtschaftliche und staatliche Einheit Deutschlands wieder herzustellen, nur gelingen könne, wenn das in der militärischen Besetzung liegende Hindernis beseitigt würde. Die französische Regierung habe es ganz klar ausgedrückt, daß sie das Ruhrgebiet militärisch besetzt habe, nicht um der Sicherheit Frankreichs willen, nicht um sich deutsche Gebietsteile anzueignen, nicht um irgendeinen Zweck militärischer oder politischer Natur zu verfolgen, sondern lediglich, weil Deutschland Verfehlungen begangen habe.

Frankreich habe das Dawes-Gutachten angenommen und sich mit den neuen Methoden einverstanden erklärt, um Reparationen zu erhalten. Er glaube daher nicht, daß die französische öffentliche Meinung den Verpflichtungen gegenüber blind sei, die die französische Regierung durch ihre eigenen Erklärungen auf sich genommen habe. Was die englische Be-

setzung der Kölner Zone anbetreffend, so liegt kein Grund für die englische Regierung vor, diese Frage mit der Frage der französischen Besetzung des Ruhrgebietes irgendwie zu verquicken.

Macdonald ging dann auf die Sanktionsfrage ein und erklärte: Keine Regierung könne nunmehr Sanktionen Deutschland gegenüber ergreifen, solange nicht die Reparationskommission offiziell böswillige Verfehlungen Deutschlands festgestellt habe. Diese Erklärung müsse erfolgt sein, bevor die Regierungen zusammentreten können, um auch nur die Frage der Möglichkeiten von Sanktionen zu erörtern.

Vier Fragen Lloyd Georges.

An die Adresse Frankreichs.

Das Organ Lloyd Georges, „Daily Chronicle“, stellt im Anschluß an die Unterhausdebatte im Leitartikel noch einmal folgende vier Punkte auf:

1. Poincaré habe immer behauptet, er sende französische Truppen nur an die Ruhr, um die ökonomische Mission zu beschützen. Der Dawesbericht bringt diese Mission zu Ende. Wozu bleiben also die Truppen noch im Lande? Mit welcher Ausrede tun sie es? Was ist Wahres an dem Pressebericht, daß sie noch zwei Jahre länger im Lande bleiben sollen?

2. Was bedeutet die französische Erklärung, daß die Periode von 5, 10 und 15 Jahren, die der Friedensvertrag für die Besetzung des Rheinlandes vorsieht, noch nicht zu laufen begonnen haben? Nach englischer Ansicht laufen diese Perioden schon längst, und die englischen Truppen müßten Köln im Januar nächsten Jahres verlassen. Was geschieht aber, wenn sie es tun? Marschieren die Franzosen dann in Köln ein, wie sie in Koblenz einmarschiert sind, als die Amerikaner auszogen? Handeln sie aber so, dann schaffen sie eine Lage allergrößten Ernstes. Wird diese Sachlage geklärt werden, ehe die englischen Truppen Köln verlassen?

3. Die neue Umachung spricht nur von Nichterfüllung. Der Friedensvertrag spricht aber von absichtlicher Nichterfüllung. Der Unterschied ist sehr auffällig. Bedeutet die neue Ausdrucksweise, daß die neuen Schiedsgerichtskörper sich überlegen werden, ob Deutschland absichtlich nicht erfüllte, oder nur feststellen, daß eine Nichterfüllung vorliege? Unter einem System von so enorm verschiedenen Zahlungen, wie der Dawesbericht sie vorsieht, kann es schon leicht geschehen, daß Deutschland einmal seinen Verpflichtungen ganz schuldblos nicht nachkommt. In solchen Fällen können die Schiedsgerichtskörper nichts anderes tun, als einfach die Nichterfüllung feststellen und damit vielleicht dem französischen Annexionsmus alle Türen genau so weit öffnen, wie im Dezember 1922.

4. Wie steht es mit der selbständigen Sanktionsfreiheit? Steht Frankreich immer noch auf dem Standpunkt, daß es unter dem Versailler Vertrag das Recht solcher selbständiger Sanktionen habe? Diese Frage muß unbedingt jetzt geklärt werden. Weder die Mächte, die mit Frankreich den Versailler Friedensvertrag unterschrieben haben, noch die Unterzeichner der Anleihe unter dem Dawesplan können sich jemals wirklich sicher fühlen, solange Frankreich glaubt, selbständige Sanktionen verhängen zu können.

Die Aussichten der Anleihe.

Pessimismus in Newyork.

Die „Information“ erfährt aus Newyork, daß nach Ansicht maßgebender Finanzkreise der Wallstreet der Zinsfuß der deutschen 800-Millionen-Anleihe nicht weniger als 8 Proz. betragen werde.

Weiter wird aus Newyork gemeldet, daß Morrow von der Morganbank in einer Ansprache äußerte, daß die Unterbringung der interalliierten Anleihe von den kleinen Kapitalisten abhängen, und daß der Anleihe bei der Beteiligung der privaten Dahrlehnsgeber ein Mißerfolg beschieden sein werde. Damit würde gleichzeitig der Plan zum Aufbau der Welt hinfällig.

Eine kritische Nachskizze in London.

Englische Kreise entnehmen aus den Gesprächen mit den Deutschen, daß diese mit den Franzosen und den Bankiers über die militärische Räumung des Ruhrgebietes in direkte Verbindung treten. Das Kontrollkomitee, an dem bekanntlich die Deutschen mitarbeiten, saß in der Nacht zum Dienstag bis drei Uhr an der Arbeit. Es war auf den toten Punkt gelangt, weil die Franzosen verlangten, daß im Falle härterer Kontrolle diese verstärkte Kontrolle beibehalten werden solle, selbst wenn Deutschland den Grund, der die verstärkte Kontrolle hervorrief, überwunden hat und nicht mehr im Rückstande mit den Zahlungen ist (bekanntlich soll eine

verstärkte Kontrolle eintreten, wenn die Zahlungen 120 Pro. oder jedenfalls über 100 Proz. ausmachen, und ganz verschärfte Kontrolle, wenn die Zahlungen unter 100 Proz. bleiben.) Hierüber kam es zu großem Streit zwischen Deutschen und Franzosen, so daß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre.

Zur Dawes-Propaganda in der Eisenbahnfrage.

Von Geh. Reg.-Rat. Dr. R. G. Quaas, M. d. R.
(Schluß.)

Was in dem Gutachten der deutschen Sachverständigen zur Erörterung gestellt wurde, war also die Umgestaltung der bürokratischen Reichsbahn in ein rein deutsches gemeinwirtschaftliches Unternehmen, dessen Vorteil ausschließlich der deutschen Volkswirtschaft zugute kommen sollte.

Ueber die Konstitution der von ihnen vorgeschlagenen Reichsbahngesellschaft, von der der Regierung den Namen übernimmt, sagten die deutschen Gutachter:

„Unser Vorschlag geht dahin, eine gemeinnützige Aktiengesellschaft zu schaffen, die die Reichsbahn im ganzen übernehmen soll. Als Hauptträger der Gesellschaft denken wir uns die Berufsstände: Landwirtschaft, Handel einschließlich Banken, Industrie und Handwerk, außerdem die Gewerkschaften und die Kommunen, letztere zugleich als Vertreter der freien Berufe und Verbraucher. Wir empfehlen ferner, der Beamten- und Arbeiterschaft der Reichsbahnen eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gewähren.“

„Auch die öffentliche Hand, vertreten durch das Reich und die Länder, wird an dem Unternehmen beteiligt sein. Unsere späteren Vorschläge behalten zwar dem Reich ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die Gesellschaft vor und geben sowohl dem Reich, wie den Ländern, die ihren Eisenbahnbesitz an das Reich abgegeben haben, Eisenbahnländer, einen Anteil am Gewinn der Gesellschaft.“

„Es könnte hiernach also fraglich sein, ob durch diese Rechte, die dem Reich und den Eisenbahnländern vorbehalten werden, die öffentlichen Interessen an der Gesellschaft nicht schon hinreichend gewahrt sind. Gleichwohl möchten wir eine Beteiligung des Reiches und der Gesamtheit aller Länder durch Uebernahme von Anteilen der Gesellschaft für wünschenswert halten.“

Dort eine reine deutsche Gesellschaft mit weitgehenden Aufsichtsrechten und Gewinnbeteiligung des Reiches gedacht und konstruiert als Dienerin der deutschen Volkswirtschaft, hier eine internationale Gesellschaft, zur Ausbeutung der deutschen Volkswirtschaft, an der nichts deutsch ist als der Name.

Es erübrigt sich, die Lügenpropaganda im einzelnen zu verfolgen. z. B. die Behauptung, daß das deutsche Gutachten an der Oberfläche geblieben und statistisch mangelhaft begründet gewesen sei. Festzuhalten ist demgegenüber, daß von keiner Seite eine ernsthafte, sachlich begründete Kritik laut geworden ist, andernfalls wären die Sachverständigen bereit und in der Lage gewesen, die Debatte fortzuführen. Sie hielten es aber für unter ihrer Würde, auf die persönlichen Verunglimpfungen zu antworten, die in der deutschen Linkspresse gegen sie gerichtet wurden. Mit welcher Leichtfertigkeit diese Angriffe heute „begründet“ werden, dafür nur ein Beispiel:

Man macht sich die feindliche Behauptung zu eigen, daß der Wert der deutschen Eisenbahnen heute 26 Milliarden Gold betrüge. Diese Ziffer ist in der Weise errechnet, daß man einfach die Anlagelosten der deutschen Eisenbahnen addiert, und zwar gleichgültig, ob sie Gold- oder Papiermarkziffern sind und ohne Rücksicht auf die in der Zwischenzeit eingetretenen Substanzverluste, ohne Rücksicht auf die Verminderung des Ertragswertes. Es ist die gleiche leichtfertige Beweisführung, auf der die fremden Sachverständigen ihre Behauptung aufbauen, daß die deutschen Eisenbahnen in der Lage seien, jährlich beinahe eine Milliarde an reinen Ueberschüssen abzuwerfen.

Es ist demgegenüber vielleicht zweckmäßig, im Nachstehenden eine Uebersicht darüber zu geben, was die deutsche Eisenbahn an Bruttoerträgen in Wirklichkeit zu der Zeit geliefert hat, als Deutschland politisch und wirtschaftlich in der Fülle seiner Kraft dastand.

Bruttoergebnisse der deutschen Eisenbahn im Jahre 1913: Bei Betrachtung dieser Zahlen ist aber zu berücksichtigen, daß die Reinerträge selbstverständlich wesentlich geringer waren; denn von den Bruttoerträgen sind abzuziehen: die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden, die als Ersatz für die bei der tameraltistischen Buchführung fehlenden Abschreibungen nötig waren. Untersucht man hiernach die Reinerträge, so ergibt sich, daß die preussische Eisenbahn, außer ihr nur Oldenburg und Mecklenburg, Reinerträge abwarf. Sie machten noch nicht dreihundert Millionen im Durchschnitt der letzten Jahre aus.

Man rechnet sich die Milliarde Ueberschuss ferner so heraus, daß man allerlei Aufwendungen für die bei der letzten Wirtschaftsjahresführung der Eisenbahn völlig fehlenden Abschreibungen einsetzt. Diese wurden dadurch ersetzt, daß man in Preußen 1.1 Prozent des statistischen Anlagekapitals aus Betriebsüberschüssen investierte. Das soll nun einfach fortfallen. Man beläuft damit in Zukunft zuunehmen der Gegenwart, zu dem: man treibt Raubbau. Ferner aber beseitigt man mit einem Federstrich die Aufwendungen für die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden, d. h. die Rechte der Staatsgläubiger. Es ist kein Zufall, daß die Erfüllungsfanatiker Geener der Aufwertungen sind. Wer aus der Eisenbahn die Dawes-tribute herausziehen will, spricht damit allen Aufwertungs-wünschen das Todesurteil. Entweder Erfüllung oder Aufwertung!

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Tief bedauerlich ist es, daß an der Dawespropaganda in der Eisenbahnfrage Mitglieder und Angestellte auch des Reichsverbandes der deutschen Industrie in dieser ihrer Eigenschaft und unter Verletzung der Pflichten der Mitglieder der Industrievereine teilgenommen haben. Haben sie hierzu ein Mandat von der deutschen Industrie?

Delegiertentag des Reichs-Landbundes.

Berlin, 5. August. Die aus dem ganzen Reichsgebiet zu einer außerordentlichen Delegiertenversammlung in Berlin im Bundeshaus versammelten Vertreter sämtlicher Landbundorganisationen der Länder, Provinzen und Kreise brachten in der Auffassung der Landbundmitglieder ihrer Bezirke zur gegenwärtigen Lage der deutschen Landwirtschaft wie folgt zum Ausdruck:

„Das Landvolk erhebt den schärfsten Protest gegen die Zugrunderichtung der deutschen Landwirtschaft durch die Steuerpolitik der Reichsregierung. Die Rentenbanktreibere müßten nahezu vollständig für die Steuerzahlungen aufgebracht werden. Zurzeit sind alle Vorräte erschöpft. Besonders drückend und ungerecht müssen die steuerlichen Forderungen der Länder und Gemeinden in einer Zeit, in der die gesamte Privatwirtschaft und insbesondere die Landwirtschaft ertraglos arbeitet, empfunden werden.“

Ein Reichsfinanzminister, welcher die Tatsachen nicht erkennt, oder trotz Erkenntnis es unterläßt, die gebotenen Folge-maßnahmen zu ziehen, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Wir erwarten daher, daß der Reichsfinanzminister mit größter Beschleunigung und in weitgehendster Mäßigkeit die angemessene Einschränkung der Länder und Gemeinden erzwingt.

Die Behandlung, die die Zollfrage bisher durch die preussische und die Länderregierungen erfahren hat, hat zu einer Verschleppung der Entscheidung über dieses, für das Schicksal der gesamten deutschen Landwirtschaft ausschlaggebende Gesetz geführt.

Die Einstellung großer Teile der deutschen Verbraucherschaft gegen die Gewährung des der deutschen Landwirtschaft unerläßlichen Schutzes zeigt, daß die Verbraucherschaft in verhängnisvoller Weise vorzieht, den Schlagworten und der Propaganda der politischen und geschäftlichen Gruppen zu folgen, anstatt an ihre eigene Zukunft zu denken. Von der Weiterführung der intensiven landwirtschaftlichen Produktion hängt für die Masse der deutschen Industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft die Erhaltung ihrer Arbeitsstellen ab. Je größer die Abhängigkeit der deutschen Verbraucherschaft von den spekulativen Geldmächten wird, die hinter der ausländischen Agrarproduktion stehen, um so stärker wird die Hörigkeit der deutschen Arbeitnehmer hinsichtlich geringerer Löhne und vermehrter Arbeitsleistung vom ausländischen Kapitalismus. Wer die Zusammenhänge nicht zugeben will, und die irreführenden Volksmassen nicht aufklärt, macht sich mitschuldig an der unausbleiblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Verelendung der Verbrauchermassen.

Gegen jede Verquickung der Regelung der für die deutsche Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Frage des Schutzes der heimischen Landwirtschaft mit der Stellungnahme zu dem Sachverständigen Gutachten erheben wir schärfsten Protest. Die Londoner Verhandlungen haben daher das Sachverständigen-gutachten in seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen für das deutsche Volk über das bisher Bekannte hinaus in unerhörtester Weise verschlechtert. Unabhängig von der selbständigen Regelung der Ehrenfrage erklären wir auch die wirtschaftliche Anbelung, Auszählung und Entwertung des deutschen Volkes, die das Sachverständigen Gutachten vorseht, nach wie vor für unannehmbar.

Politisches Allerlei.

Interpellation. Am 3. August, dem Gedenktag der Gefallenen, wehte auf dem Palais des alten Kaisers die schwarz-rot-goldene Fahne.

Das Palais gehört zu der ungeteilten Vermögensmasse, die durch „Verordnung“ der „Vollstreckungsamt“ am 18. November 1918 „beschlagnahmt“ ist. Der preussische Justizminister hat diese „Verordnung“ wiederholt ein „juristisches Monstrum“ genannt. Sie ignorierte die gesetzgeberische Zuständigkeit des Reiches. Sie verletzt die von der Verfassung gewährleistete Unverletzlichkeit des Eigentums. Sie macht die preussische Staatsregierung seit fast 6 Jahren zur Trägerin eines permanenten Rechtsbruchs. Sie hemmt die Wiedergewinnung des Vertrauens zur Stabilität unserer inneren Verhältnisse. Sie belastet den preussischen Staat durch die an das Königs-haus verlorenen Prozesse mit überflüssigen Kosten, die weite Kreise der preussischen Steuerzahler aufzubringen weder in-stande noch willens sind.

Die Beschlagnahme des Palais — und der anderen „beschlag-nahmten“ Schlösser, von denen einige, z. B. Belleue, zweifelsfrei Privateigentum sind — ist von den zuständigen Organen der preussischen Staatsregierung als der Urruptorin des Königsvermögens veranlaßt worden. Die schwarz-rot-goldene Beschlagnahme dieser aemweihten Erinnerungstätte des Kaiser-reichs wirkt auf weiteste Volksschichten als erneuter Beweis des bei der preussischen Staatsregierung zutage tretenden Mangels an geschichtlichem Denken und als erneute bewusste Verletzung von Empfindungen, deren pietätvolle Pflege Voraussetzung jeder deutschen Wiedergeburt ist. Sie überschreitet überdies die Befugnisse, die der preussischen Regierung als Pflegerin des ihr durch die „Beschlagnahme“ anvertrauten Vermögens bestenfalls zugesprochen werden können.

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, 1. um der Reichsverfassung, die am nächsten Sonntag gefeiert werden soll, auch in Preußen zu ihrem Recht zu verhelfen? 2. Um die an ihrer geschichtlichen Vergangenheit hängenden Bevölkerungskreise vor Provokationen durch die preussische Staats-regierung zu schützen?

D. v. Dryander und Graf Westarp (i. V.) mit Fraktion.

Offener Brief an Herrn General von Deimling. Unter dieser Ueberschrift bringt die Baden-Badener Morgenzeitung vom 30. Juli unter den „Stimmen aus dem Publikum“ folgende Zuschrift: „Der Herr General von Deimling spricht... und die Monarchisten haben keinen Zutritt.“ So ist zu lesen in dem von der Hofbuchdruckerei Köhlin herausgegebenen „Badener Tageblatt“, in dem eingeladen wird zur Gründungsversammlung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold. Welche Inkonsequenz, Herr General von Deimling. Wenn Ihr Haß gegen die Monarchisten so groß ist, daß Sie nicht einmal wagen, den hehren Mund in ihrer Gegenwart aufzu-tun, dann müßten Sie sich auch all der Neugierlichkeiten ent-ledigen, die Sie den Monarchisten verbieten. Sie sind durch die Gnade des Monarchen General geworden; er hat Ihnen das Recht gegeben, das Wörtchen „von“ vor ihren Namen zu setzen. Was mit dem monarchistischen Plunder. Bürger oder Genosse Deimling klingt doch viel demokratischer. Da dachten doch jene, die sich ihres Hoflieferantentitels freiwillig entäu-bereten, daß sie meinten es ja aus Angst vor der Strafe — noch nicht waischen als Sie, Genosse Deimling. Oder hat man Ihnen geraten, daß Sie einen der vielen Friedensorden, die Sie von der Gnade der Monarchen verdanken, zurückge-ben? Darum noch einmal, Herr General, führen Sie möglichenfalls die Demokratisierung Ihrer Person durch, legen Sie ab, was die Menschheit noch daran erinnern könnte, daß Sie einst selbst Monarchist waren, mit Monarchen in Verbindung kamen und nach außen noch deren Gnadenbe-

weise zur Schau tragen, und nennen Sie sich künftig Bürger oder Genosse Deimling.

Ein böser Reinfall. Aus Handwerkerkreisen wird geschrieben: Der Vorwärts spricht sich am 25. Juli unter der Ueberschrift „Des Ehrenobermeisters Ende“ über den Fall Rahardt aus und behauptet, daß der frühere Obermeister Rahardt als rechtsstehender Mittelstandsretter gebührender Schätzung durch die „allerhöchste“ Stelle gefunden hätte und daher als erster Vertreter des Handwerks von „Wilhelm dem Letzten“ in das Herrenhaus berufen sei. Hieran werden aller-hand Betrachtungen über den sittlichen Wert der Persönlichkeit des Rahardt usw. geknüpft. Der Vorwärts befindet sich in einem bösen Irrtum! Rahardt war niemals Mitglied des Preussischen Herrenhauses, sondern bekanntlich war dies als einziger Handwerker der Vorsitzende der Handwerkskammer Hannover, Obermeister Plate. Wichtig ist, daß Rahardt den Mittelstand als Politiker auf seine Weise retten wollte, indem er noch zu den Landtagswahlen 1921 in Groß-Berlin selbst als Kandidat der Demokratischen Volkspartei, und zwar als zweiter Mann hinter dem damaligen Hindenburgminister Fischbeck auftrat. Wenn dem Vorwärts also die sittlichen Auffas-sungen Rahardts nicht passen, so mag er seine eigenen nächsten Freunde, die Herren Demokraten, dafür zur Verantwortung ziehen.

Vermischtes.

Die Wohltätigkeit der Auslandsdeutschen. Dank der Sammelstätigkeit des Deutschums in Brasilien, besonders in Rio de Janeiro, konnten wieder 50 000 Goldmark im letzten Vierteljahr an die verschiedenen Wohltätigkeitsvereinigungen im ganzen Reich zur Verteilung kommen.

Ein Mordat verjährt. Vor einiger Zeit wurde in Waten-scheid ein 61 Jahre alter Arbeiter verhaftet unter dem dringenden Verdacht, vor 32 Jahren die damals 17jährige Anna Mader ermordet zu haben. Jetzt ist er wieder freigelassen worden, da die Mordtat inzwischen verjährt ist.

Der Tod im Bergwerk. Infolge bestiger Regengüsse drangen in den Andreasschacht des Kohlenbergwerks Kamel bei Johannesthal in Unterkrain große Wassermassen ein, die zwölf Bergleute mit sich rissen. Drei Tote und zwei Schwerverletzte konnten geborgen werden, es ist anzunehmen, daß die Vermissten ums Leben gekommen sind, so daß die Zahl der Opfer sich auf zehn beläuft.

Selbstmord eines Defraudanten. Nach Unterschlagung von 100 000 Mark flüchteten vor einigen Wochen zwei junge Bankbeamte aus Frankfurt a. M. Der eine der Flüchtigen stellte sich der Polizei, der andere kam auf seinen Ersparnissen nach Laubach in Oberhessen. Dort wurde er erkannt und flüchtete, von Landjägern verfolgt, in den Wald. Als für ihn ein Entrinnen nicht mehr möglich war, erschoss er sich. Es wurden bei ihm 15 000 Goldmark gefunden.

Uebefall auf einen Eisenbahnzug. Auf den von Stralau nach Chrow fahrenden Personenzug wurde ein verwegener Raubüberfall verübt. Unbekannte Täter drangen während der Fahrt in den Gepäckwagen, töteten den Zugführer, verwundeten zwei Beamte und plünderten den Wagen aus. Den Banditen gelang es, zu entkommen.

Die blutigen Vorgänge in Greifswald.

Die „Rom. Tagespost“ schreibt zu den Vorgängen weiter:

Wie gestern schon kurz berichtet wurde, hat in Greifswald am Montagabend eine sozialistisch-kommunistische Versammlung stattgefunden, die anfangs von der Stadt verboten, späterhin durch den Regierungspräsidenten Hausmann auf Einwirkung des deutschen Auswärtigen Amtes hin doch zugelassen wurde. Es ist nun anlässlich dieser Versammlung, wie schon berichtet, zu Ausschreitungen gekommen, die es verdienen, die Zustände in Greifswald näher zu beleuchten.

Der Verlauf ist nach Aussage verschiedener Augenzeugen kurz folgender:

Als in der Stadthalle der Leiter der Versammlung diele mit den Worten einleitete: „Ich freue mich, hier einen Fran-zosen begrüßen zu dürfen“, ertönte von ungefähr einem Drittel der Versammlungsteilnehmer lebhaftes Pfuirufe, und spontan brachen die Geaner dieser Antikriegs- und Umgebung in das Deutschlandlied aus und stimmten sodann „Siegreich wol-len wir Frankreich schlagen“ an. Infolge des entscheidenden Lärmes wurde allgemein erwartet, daß der anwesende führende Offizier der Schutzpolizei auf diesen Vorfall hin die Ver-sammlung schließen würde. Das geschah jedoch nicht, und die paar anwesenden Polizeibeamten, die sich vor der Bühne scheinbar zum persönlichen Schutz des Franzosen aufgestellt hatten, griffen ein, nachdem die Kommunisten einen Sturm-angriff auf die Protest Erhebenden mit Stühlen begonnen hatten.

Es steht fest, daß die kommunistischen Versammlungsteil-nehmer die Angreifer gewesen sind, und — das ist das Uner-hörteste an diesen Vorgängen — daß die Schutzpolizei nicht etwa die Angegriffenen schützte, sondern die Kommunisten unterstützte und einen Teil der Protestler aus dem Saale drängte. Die Treppe zur Stadthalle stürmte unterdessen eine andere Abteilung Schutzpolizei herauf, und hierbei geschah es, daß der in Greifswald „rühmlich“ bekannte Leutnant Graef, ohne angegriffen zu werden, sein Seitengewehr zog und auf den Studenten Jarmer losfiel, dem er die Schädel-decke spaltete, sodas jener zusammenbrach. Verschiedene an-dere Personen wurden ebenfalls verletzt, wieder andere schwer mit Kolbenstößen und Faustschlägen mißhandelt.

Inzwischen war Schutzpolizei aus Stralsund zur Ver-stärkung herangeholt worden. Zu Fuß und zu Pferde begann eine „Säuberungsaktion“ durch die das Versammlungslokal umgebenen Straßen. Es wurde zu weit führen, alle Vor-kommnisse zu schildern, die sich in jenen späten Abendstunden des Montag abspielten haben. Behauptet wird, daß der Leu-nant Graef seinen Untergebenen befohlen habe, „mit den schärfsten Mitteln einzugreifen“. Nach dieser Anordnung wurden Bürgersteigen, und vollkommen wahllos wurden Demonstran-ten, friedliche Bürger und Passanten, die von den Vorlo-mnissen nichts wußten, teilweise mit Handgreiflichkeiten zurück-gebrängt. Eine Frau Pulvert von 72 Jahren wurde hierbei mit dem Kolben niedergeschlagen.

Die Polizei nahm sieben Verhaftungen vor, von denen ei-ner, ein Student, wie Augenzeugen berichten, mit einer Dreh-lette abgeführt wurde. Der Festgenommene habe zu den Be-amten geäußert: „Drehen Sie die Kette nicht zu stramm zu-ich kann es vor Schmerzen nicht mehr aushalten!“ Erzbischof soll der Beamte weiter die Kette angezogen haben, und zwar

solange, bis der Verhaftete vor Schmerzen zu Boden schlug. Viele andere Passanten, die sich keinerlei demonstrative Haltung oder Aeußerung haben zuschulden kommen lassen, wurden nach den Berichten gleichfalls mit Kolbenstößen auseinandergetrieben. Die Bewaffnung der Schutzpolizei bestand aus Gewehren und Karabinern, keine Gummiknüttel.

Es ist begreiflich, daß in Greifswald, das in der Geschichte der letzten Jahre keinerlei blutige Zwischenfälle zu verzeichnen hat, durch die Vorkommnisse am Montag große Erregung herrscht. In den Straßenecken stehen Gruppen zusammen und diskutieren eifrig über die Schuldigen.

Verbot für Strafsund.

Strafsund, 6. August. Auf die Nachricht, daß der Franzose Gantier, der am Tage zuvor in Greifswald geredet hatte, auch in Strafsund sprechen wollte, wurde eine zahlreiche Deputation der Strafsunder Bevölkerung bei dem Regierungspräsidenten vorstellig. Der Regierungspräsident erklärte daraufhin, daß der Vortrag in Greifswald nach Rücksprache mit dem hiesigen Amt nur für Henri Barbusse genehmigt sei, daß eine Genehmigung für Gantier nicht vorlag. Er erklärte sich daraufhin ferner bereit, das Verbot des Vortrages von Gantier, das in der Tat die örtliche Polizeibehörde aus Gründen der Sicherheit ausgesprochen hatte, zu bestätigen.

Zu den Vorfällen in Greifswald kündigte er ein Verbot gegen die verantwortlichen Schriftleiter wegen Beleidigung der Schutzpolizei, die von der örtlichen Polizei angefordert worden war, an. Der amtlichen Darstellung der Schutzpolizei stehen, wie uns berichtet wird, so zahlreiche Schilderungen von Augenzeugen gegenüber, daß schwerlich bezweifelt werden könne, daß die Schutzpolizei über ihre Befugnisse hinausging.

Stadt. Kreis. Provinz.

Polizeibericht. In der Woche vom 28. Juli bis 3. August verlangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 58 Personen zur Anzeige, und zwar 17 wegen Fahrens mit Fahrrädern auf Promenaden, 9 wegen Uebertretung der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, 6 wegen Trunkenheit und Verübung groben Unfugs, 4 wegen Fahrens mit unbeladenen Fahrrädern, 4 wegen Forst- bezw. Felddiebstahls, 3 wegen Umherlaufenlassens von Hunden, 3 wegen unerlaubten Angells, 3 wegen Obdachlosigkeit, 2 wegen übermäßig schnellen Fahrens mit Fuhrwerken, 1 wegen unerlaubten Ueberschreitens der Landesgrenze, 1 wegen unterlassener Straßeneinigung, 1 wegen Badens an verbotener Stelle, 1 wegen Stehenlassen eines Möbelwagens auf der Straße, 1 wegen Errichtung eines Räucherofens ohne Erlaubnis, 1 wegen Tierquälerei und 1 wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung. — Von der Bucherpolizei wurde 1 Person wegen Nahrungsmittelfälschung zur Anzeige gebracht.

Mondfinsternis am 14. August. Eine vollständige Mondfinsternis tritt am 14. August ein. Um 7,30 Uhr abends nimmt die Verfinsternung ihren Anfang, ist jedoch kaum zu beobachten, da der Mond noch im Aufgange ist; 8,31 Uhr sieht er vollständig im Erdschatten, 9,20 Uhr hat die Verdunkelung ihren Höhepunkt erreicht und 10,09 Uhr tritt der linke Mondrand wieder aus dem Erdschatten heraus. Während der Finsternis erscheint der Mond in herrlichen Kupfertönen. Rits vom Mond wird der Mars, der sich einige Tage später der Erde in diesem Jahrhundert am beheimendsten nähert, ebenfalls im rötlichen Glanz leuchten. Einwirkungen dieser Mondfinsternis auf unsere Erde sind nicht zu erwarten. Die fast hundert Minuten dauernde Abkühlung der Mondoberfläche wird dagegen nicht ohne Wirkung auf einige Flecken auf dem Monde bleiben. Während wir bei einer Sonnenfinsternis nur eine unbedeutende Abkühlung um höchstens ein paar Grad beobachten, ist hier ein Temperatursturz von vielleicht hundert Grad zu erwarten, da eine Atmosphäre auf dem Monde nicht vorhanden ist.

Von einem guten Verhältnis zwischen Chef und Angestellten zeugte die Feier, die am Sonntag das gesamte Personal der Firma Adolf Otto hier selbst in Strellin beging. Einschließlich einiger Freunde nahmen 60 Personen an dem Ausfluge teil. Reichliche Geschenke, die Herr Otto für diesen Zweck gestiftet hatte, sicherten bei dem Preisfischen jedem einen schönen Preis, wie Herr Otto auch für Erfrischungen reichlich gesorgt hatte. Inmitten seines Personals konnte Herr Otto manches Wort hören, das das gute Verhältnis bekräftigte, das in seinem Geschäft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht und gab dieser erfreulichen Tatsache in einer Ansprache auch noch besonders ein Angestellter Ausdruck. Bei fröhlichem Tanz und heiteren Vorträgen blieb man gemeinsam bis in die späten Abendstunden beisammen und allen Teilnehmern wird sicher diese schöne Feier noch lange eine liebe Erinnerung sein.

Verlängerte Mindestpachtzeit für Jagden. Der Allgemeine Deutsche Jagdschutzverein ist wiederholt beim Minister vorgegangen, die Mindestpachtzeiten auf neun Jahre herabzusetzen. Der Landwirtschaftsminister hat nunmehr folgende Antwort gegeben: Ich habe die Regierungspräsidenten veranlaßt, im Sinne der Vorstellungen auf die Beförden einzuwirken und auch die Jagdaufsichtsbehörden hiervon zu veranlassen.

Großgütergeschwindigkeit werden gegenwärtig versuchsweise von der Deutschen Reichsbahn erprobt. In der Nähe von Berlin hat man mit einem Zuge aus 20 Wagen von je 50 Tonnen Ladefähigkeit eine Geschwindigkeit von 100 km. in der Stunde erzielt. Zwei Schnellzugslokomotiven dienen als Triebkraft. Alle Wagen waren mit der neuen Künze-Kuorren heraus ausgerüstet. Es gelang, aus der Höchstgeschwindigkeit mitgeführt der Meßwagen diente zur Feststellung der Geschwindigkeit, der Zugkraft und Leistung der Lokomotiven. Wenn man die gegenwärtige Zuggeschwindigkeit beibehält, können ohne Schwierigkeiten Züge von 40 Wagen zu je 50 Tonnen befördert werden. Das entspräche einem Zuge von 130 Wagen der heutigen Typen zu 15 Tonnen. Allerdings müssen auf vielen Strecken Unterbau und Brücken entsprechend verstärkt werden. Für Massenladungen, wie Kohle, Erz, Steine, Kalk usw. werden die 50-Tonnen-Wagen eine wesentlich wirtschaftlichere Betriebsführung gestatten.

Janow. Auch der zweite Straßenräuber gefaßt. — Am Montag nachmittag ist auch der zweite Straßenräuber, der in dem Wege nach Panlin überfallen und beraubt, in der Person des Arbeiters Kug aus Panlin gefaßt worden. Beide Straßenräuber wurden in das Kösliner Gefängnis übergeführt.

Bejgard. Denkmalsenthüllung. — Am Sonntag, den 10. August, findet hier die Enthüllung des Kriegerdenkmals statt. Zu dieser Feier haben u. a. Generalfeldmarschall von Mackensen, Prinz Oskar und Prinz Eitel Friedrich ihr Erscheinen zugesagt. Die Feierlichkeiten werden drei Tage in Anspruch nehmen.

Altshamm. Vorsicht beim Kirschenessen. In Lieberose starb das 48 Jahre alte Fräulein Berta Wittenzwei, nachdem es Kirschen gegessen und darauf Wasser getrunken hatte. Es kann in dieser Beziehung nicht genug gewarnt werden.

Letzte Meldungen.

Verpflichtung der Stadtverordneten.

Berlin, 6. August. („Amtlicher preussischer Pressedienst“) Der preussische Innenminister weist anschließend an einen früheren Erlaß über die Verpflichtung der Stadt- und Gemeindeverordneten noch darauf hin, daß in dem Falle, wo Stadt- und Gemeindeverordnete zunächst die gesetzlich vorgeschriebene Verpflichtung durch Handschlag abgelehnt oder später durch eine ausdrückliche Erklärung oder sonstiges Verhalten zu erkennen gegeben haben, daß ihre Verpflichtung nicht ernstlich gemeint sei, eine nachträgliche Bekundung der Willensänderung besonders eingehend auf ihre Ernstlichkeit zu prüfen sein wird. Aus dem Inhalt der Erklärung selbst muß mit voller Klarheit hervorgehen, daß der betreffende Verordnete die von der Zentrale der R. P. D. als Instruktion für die gewählten kommunizistischen Gemeindevertreter usw. herausgegebenen Anweisungen, die zu seinen Pflichten im schärfsten Widerspruch stehen, ablehnt und verwirft. Sollten sich die Stadt- und Gemeindeverordneten ungeachtet der Abgabe einer derartigen Verpflichtungserklärung nicht an sie halten, so können sie ihr Mandat nicht ausüben und an den Sitzungen nicht teilnehmen. Die Beschlüsse der Vertretungen, wobei die von der Mandatsausübung ausgeschlossenen Personen trotzdem mitwirken, sind wegen ihrer Gesetzeswidrigkeit zu beanstanden. Gegebenenfalls ist die Auflösung der Gemeindevertretung beim Innenminister zu beantragen.

Vor einer sehr schweren Woche.

Berlin, 6. August. Man hat in Downingstreet den Charakter des französischen Imperialismus erkannt, (?) aber man hofft immer noch, ihn durch Ueberredung von seinem Ziele abbringen zu können. Zweifellos hat Herriot einige Zugeständnisse an die Vernunft gemacht, aber in dem Moment, wo die Deutschen eintrafen, war noch keine der großen Vorfagen, die mit dem Dawes-Plan unlöslich verquickt sind, erledigt. Wenn die deutsche Delegation nicht ganz genau weiß, was sie will, wird die Lebenswürdigkeit der zweiten Londoner Konferenz ebenso gefährlich wie die Brutalität der ersten. Vorläufig sieht nur das für jeden einsichtigen Beobachter fest, was Stresemann schon an Bord sagte, als die englische Küste aufsuchte: Es wird eine sehr schwere Woche werden! Wie aus amerikanischen Kreisen mitgeteilt wird, finden diese, daß die englischen Bankiers sehr viel weniger optimistisch sind, als die amerikanischen Lamont und Kahn.

Krach in der Repto.

London, 6. August. In der Reparationskommission ist es zu einem großen Krach gekommen. Die Mehrzahl der juristischen Sachverständigen warnte die Kommission, daß die Fragen, die zwischen der Repto und den Deutschen verhandelt werden sollen, außerhalb der juristischen Beurteilung liegen. Die Reparationskommission trat daraufhin gegen Mittag zusammen, wobei die Meinungen scharf auseinandergingen. Der Standpunkt der Juristen der Repto ging dahin, daß die Repto nur den Teil behandeln könne, der sich mit dem Friedensvertrage befaßt, sowie nur die Punkte des Dawes-Vertrages, die außerhalb des Friedensvertrages liegen.

„Verbindungsmann“ Breitscheid.

Berlin, 6. August. Mit nicht unbegründetem Argwohn beobachtet man in Berlin die „zufällige“ Anwesenheit des Genossen Breitscheid in London während der Konferenz. Herr Breitscheid hat sich bekanntlich schon verschiedentlich als deutscher Botschafter ohne Auftrag bemerkbar gemacht. Jüngst erst in Paris bei Herriot und auch früher schon in London bei Macdonald. Allem Anschein nach ist Herr Breitscheid ein Intimus des offiziellen deutschen Botschafters Sthamer. Recht verdächtig ist die auffallende Informiertheit der Breitscheid nahestehenden Presse, sowohl der englischen wie der sogenannten deutschen. Wie aus London gemeldet wird, sieht man Breitscheid dort als Verbindungsmann des Reichstanzlers Marx zu Herriot und Macdonald an, welche Tatsache allerdings von der Londoner Konferenz ein höchst erfreuliches Ergebnis erhoffen ließ.

Wir können diese englische Vermutung zwar nicht nachprüfen, aber auch ein Sozialdemokrat, wie Herr Breitscheid, wird doch nicht soviel Geld haben, daß er lediglich zu seinem Privatvergnügen und auf Privatkosten in London dauernden Aufenthalt nimmt.

Abbau der Gütertarife?

Berlin, 6. August. Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats faßte eine Entschlieung, wonach zur Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft sowohl als auch im Interesse der Eisenbahnneimnahmen ein sofortiger Abbau der Gütertarife erforderlich erscheine.

Der Reichspräsident besucht Münster.

Köln, 6. August. Entgegen verschiedenen Gerüchten, daß wegen der Londoner Reise des Reichstanzlers der für den nächsten Sonntag angesagte Besuch des Reichspräsidenten und des Reichstanzlers in der Stadt Münster nicht stattfinden könnte, erfährt man, daß der Besuch des Reichspräsidenten, der von einigen Ministern begleitet sein wird, auf alle Fälle erfolgt. Ob der Reichstanzler gleichfalls Münster besuchen wird, hängt davon ab, ob die Londoner Verhandlungen noch in dieser Woche beendet werden.

Ein amtliches Dementi.

Berlin, 6. August. Im Hinblick auf die Meldungen aus Newyork, wonach die Steigerung der deutschen Anleihen an der dortigen Börse und in London auf Käufe für Rechnung der preussischen und der Reichsregierung zurückzuführen sei, wird der Deutsche Handelsdienst von der zuständigen amtlichen Stelle zur Erklärung ermächtigt, daß weder das Reich noch Preußen und zwar weder direkt noch indirekt weder im Inland noch im Auslande deutsche Renten aufzukaufen lasse.

Die große Unglück in China.

Paris, 6. August. Nach einer Agenturmeldung aus Peking sind durch die Ueberschwemmung in der Provinz Pet-

schili in Nordchina über 3500 Dörfer vernichtet. Die Regierung hat für über eine Million völlig mittelloser Menschen zu sorgen. In der Gegend von Kalgau sind über 3500 Menschen umgekommen, darunter eine große Anzahl Russen, die sich in einem Pensionat aufhielten, das in den Fluten verschwand.

Handelsnachrichten.
Der Dollar 4 200 000 000 000
(unverändert)
Goldmark = 1 Billion.

	6. 8.		5. 8.
	(In Billionen Mark.)		
	6.	8.	5.
100 holländische Gulden	161,99	162,81	162,51
100 belgische Franken	21,50	21,60	20,25
100 norwegische Kronen	57,71	57,99	57,99
100 dänische Kronen	67,93	68,27	68,47
100 schwedische Kronen	111,52	112,08	112,08
100 Danziger Gulden	74,46	74,84	74,69
100 italienische Lira	18,37	18,47	18,50
1 englisches Pfund	18,71	18,80	18,71
1 Dollar	4,19	4,21	4,21
1 argentinischer Peso	1,37	1,38	1,39
100 spanische Franken	25,19	25,31	22,76
100 schweizerische Franken	79,00	79,40	79,20
100 portugiesische Belesen	56,11	56,39	56,64
100 tschechische Kronen	12,40	12,46	12,50
100000 österreichische Kronen	5,92	5,94	5,94

Mittagsbörse (Rothsch) Getreide und Oelkorn per 1000 Kilo. Sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 186 191. Ritzdeutsch 1020. Roggen Märk. 137-144. Weizen. — Bannu. — Braugerste 172-182. Wintergerste 166-174. Hafer Märk. 154-163

Warenmarkt 25 25 23 25. Roggenmärk. 21 00 23 25. Weizenkleie 10 60. Roggenmärk. 10 20. Weizen 280-285. Getreide 400-410. Wollwaren 22-24. Meise Spinnerei 15 50 17. Futtererbsen 14-15. Weizen 13 14. Weizen 13 15. Weizen 14 16. Lupinen blaue 8,50-9. gelbe 17-18. Gerstella 8-10. Rostfuchsen 11,50. Leinfuchsen 20-21. Trudenwangel 9 50 9 60. Vollwertige Zuckerschmelze 20-21. Kartoffelkorn 23-24. Doornische Mangan 30-70 6,60-6,70.

Stettiner Getreidenotierung vom 6. August. Inl. Roggen (alter) 136, do. (neuer) 145, inl. Weizen (alter) 190, Hafer (alter) 153, Wintergerste (neue) 170; Tendenz still.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Mollereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 5. August 1924. 1. Qualität 1,65, 2. Qualität 1,40, abfallend 1,15 Goldmark. Tendenz: befestigt.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 6. August 1924.

Amtlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 1742 Stück, darunter 486 Bullen, 551 Ochsen, 705 Kühe und Färsen; Rälber 1500 Stück; Schafe 2840 Stück, Schweine 7343 Stück; Ziegen 9 Stück; — Ferkel: 880 Auslandschweine.

	Preise Goldpfsg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtw. ungej.	—
b) dto. im Alter von 4-7 Jahren	36-38
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	30-34
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	28-30
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewachs. höchsten Schlachtwerts	38-45
b) vollfleischige jüngere	33-36
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	28-32
C. Färsen und Rälber:	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	40-44
b) vollfleischige ausgemästete Rälber höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	40-44
c) ältere ausgemästete Rälber und wenig gut entwickelte jüngere Rälber und Färsen	36-40
d) mäßig genährte Rälber u. Färsen	30-34
e) gering genährte Rälber u. Färsen	24-28
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	
	28-30
II. Rälber:	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinste Mastälber	68-70
c) mittlere Mast- u. beste Saugälber	55-62
d) geringe Mast- u. gute Saugälber	46-52
e) geringe Saugälber	38-45
III. Schafe:	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	44-50
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	35-40
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	22-30
B. Weidemastschafe:	
a) Mastlamm	—
b) geringere Lamm und Schafe	—
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	—70
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	68-69
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	64-68
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	60-63
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	55-58
g) Sauen	60-64
h) Ziegen	10-15

Markterlauf: Bei Rindern ruhig. Bei Rälbern glatt. Bei Schafen ruhig. Bei Schweinen glatt.

Tote, die Leben!

Wiener Original-Roman von A. Gottner-Grefe.

28. Fortsetzung

(Nachdruck verboten)

„Tante,“ rief sie leise, „Dr. Richter ist hier.“
Aber Frau Agnes hörte gar nicht. Sie schilderte eben mit bewegten Worten unter strömenden Tränen ihrem Mann das Unglück oder das Verbrechen, welches im Jagdhaus begangen worden war. Natürlich konnte auch sie nur das angeben, was sie selbst gehört hatte. Aber er begriff vieles. Er kannte ja den Ort sehr genau.

Dr. Richter hatte seine scharfen Augen über die Gruppe schweifen lassen, und ein ganz leiser Ausruf der Verwunderung entschlüpfte ihm. Da sah ja derselbe Mann, den er heute in dem Gasthausgarten gesehen hatte. Und nun, ganz plötzlich wußte er auch, wer jener andere war, den er gesehen. Felix Mirbachs alter Freund und Genosse war es gewesen, der Hugo Mahr. Daß ihm das nicht sofort eingefallen war. Er hatte die beiden ja doch früher hier und da zusammen gesehen!

„Daß die Tante ruhig ausreden,“ sagte Dr. Richter leise zu Hella. „Ich habe ihr eigentlich gar nichts besonderes zu sagen. Ich war bei Hedwig, durfte aber nicht zu ihr. Sie scheint infolge aller Aufregungen leicht erkrankt zu sein, was ja kein Wunder ist. Der Arzt wünschte absolute Ruhe für sie, und auch morgen darf noch niemand zu ihr. So konnte ich auch die Erlaubnis zum Besuche ihrer Mutter nicht erwirken. Sie muß sich noch einige Tage gedulden.“

Eigentlich hätte Dr. Richter jetzt ganz gut wieder gehen können. Aber er war so unendlich abgehebt, so todmüde. Und alles in ihm zog ihn zu dem Mädchen, welches er kannte von Jugend an, das ihm so viel war und das nun so schweres Leid trug. Süß und lieblich hob sich Hella's zarte Gestalt aus dem Dämmerlicht. Lodend und anheimelnd lag der Erlernbau mit seinen Blumen und dem schmalen Bänkechen mit dem kleinen Tischchen vor ihm.

„Ich will ein wenig warten,“ sagte Dr. Richter. „Darf ich mich hier zu dir setzen?“

Es klang zögernd.

Aber Hella Irwein blickte auf und sah in sein Gesicht, welches blaß und sehr müde aussah. Und sofort war sie ganz erfüllt von Sorge um ihn.

„Komm nur,“ sagte sie eifrig, „so. Und setz dich da in die Ecke auf das Bankerl. Warte! Ich habe hier noch starken, heißen Kaffee.“

Sie hob eine große, altväterische, gestricke Kaffeeleppe von der blanken Messingmaschine und schenkte in eine feine Tasse mit goldenem, halbverwaschenem Rand den duftenden Trank.

Ernst Richter trank langsam. Der starke, schwarze Kaffee tat ihm gut. Er hatte in diesen letzten Tagen nicht nur sehr

vieles durchlebt, er hatte auch unglaublich viele Wege, Gänge, Untersuchungen, Verhandlungen gehabt in dem „Falle Irwein“. Mit allen seinen Kräften wollte er seinem besten Freunde Mahr, wollte er Hedwig helfen. Diese dunkle, unbegreifliche Tat mußte aufgeklärt werden.

Und dann?
Dann wirkte auch ihm vielleicht ein Glück, wie er es sich kaum je zu träumen gewagt hatte. Sie saßen ganz still dicht nebeneinander auf dem Bänkechen, die beiden Jugendgenossen.

„Hella!“ sagte Ernst Richter leise, „Kind, Liebling, ich habe dich ja noch keine einzige Minute allein gesehen seit dem schrecklich entnervenden! Aber ich dachte an dich gleich in der ersten Minute, als ich's erfuhr.“

Durch das Zwielicht sah er Hella's Augen voll Dankbarkeit auf sich gerichtet.

„Du wirst uns allen noch helfen,“ sagte das junge Mädchen, so recht aus dem tiefsten Herzen heraus. „Auf dich baue ich und vertraue ich, Ernst! Für Vater ist ja alles zu spät, ihre liebe, weiche Stimme schwankte, „aber für Mahr und Hedwig, auch für mich kannst du so viel tun!“

„Wenn nur nicht alles so ganz dunkel wäre!“ meinte Richter, „noch sehe ich kaum eine Spur. Und dennoch habe ich das bestimmte Gefühl, daß ich einen Weg finde, ich muß ihn finden.“

„Und du wirst ihn finden,“ ergänzte Hella überzeugt. Ganz leise stahl sich die Hand des jungen Mannes an ihre Hand heran, und seine warmen, kräftigen Finger umschlossen fest die ihrigen.

Ein Strom von Festigkeit und Stärke ging auf sie über. Es gibt kurze Bruchteile des Lebens, die flattern an uns vorüber wie helle Träume. Man denkt kaum, und kein Wort fällt. Und doch binden gerade solche Minuten, erfüllt von einem beredten Schweigen, so fest...

Die beiden jungen Menschen erlebten einen solchen wachen Traum.

Plötzlich fuhr Dr. Richter jäh empor. Die Stimme von Felix Mirbach klang jetzt lauter. Deutlich vernahm man jedes seiner, in einer starken Erregung gesprochenen Worte.

„Warum willst du das Geld nicht nehmen, Agnes?“ fragte er. „Du brauchst es doch für Hedwig! Und ich schwöre es dir: dieses Geld stammt von einer Schuld, die ich einzufordern habe! Es gehört ganz unstrittbar mir! Was willst du tun, da ich selbst doch noch gar nichts verdiene und Hedwig nichts erwerben kann? Dein Verdienst allein reicht unmöglich für alle Ausgaben! Und brauchst du es jetzt wirklich nicht, dann spare es auf. Wenn Hedwig aus der Haft entlassen wird — und das muß doch geschehen, nicht wahr? — dann müßt ihr daran denken, euch ein ganz neues Leben zu gründen, denn wer wird das Mädel gleich in eine Stelle nehmen? Man könnte vielleicht fortziehen von Wien! Man könnte ein kleines Geschäft ankaufen. Kurz: Man muß doch für das Kind sorgen, Agnes. Für unser einziges Kind!“

Die Frau schien immer noch zu zögern. Aber dann griff sie doch nach den Scheinen, stand auf und legte dieselben in eine kleine Schatulle, welche sie sofort in einem Kasten verwahrte. Plötzlich aber kam sie zurück an den Tisch, beugte sich ganz nahe zu dem Manne herab und fragte eindringlich: „Felix! Hast du vielleicht den Hugo Mahr gesehen?“

Ernst Richters Hand zuckte zwischen Hella's Fingern. Einen Moment zögerte Mirbach mit der Antwort.

„Wie kommst du darauf?“ fragte er dann zurück. — „Der Mahr! Der ist doch in Amerika!“

„Gewesen!“ rief die Frau. „Jetzt ist er hier! Ganz bestimmt ist er hier! Ich habe ihn gestern abend gesehen, wie er rückwärts beim Elterlein hineingegangen ist! Geschlichen ist er, als ob er sich scheuen müßte vor den Leuten! Und er weiß es, daß ich ihn erkannt habe! Da möchte ich drauf schwören! Felix, der Mahr ist hier in Wien!“

Der Mann hatte sich ganz tief in den Schatten zurückgelehnt. „Ich glaub's nicht,“ entgegnete er. „Aber der Ton seiner Stimme klang jetzt anders als früher. „Du wirst dich getäuscht haben! Der hat in Wien nichts mehr zu suchen!“

„Wer weiß? Und ich meine immer, der hat auch seine Hand im Spiel bei dem Unglück des Schwagers Irwein! Mahr und Dr. Richter haben doch etwas geredet von einem Mann, der dort gewesen sein soll! Wer war denn dieser Mann? Natürlich kann es auch irgend ein anderer gewesen sein. Aber warum nicht auch der Mahr? War der nicht immer wie ein Teufel her hinter euch allen? Hat er nicht überall Unglück und nichts als Unglück mitgebracht? Nein, nein! Ich laß es mir nicht nehmen: Der Mahr ist in Wien! Und er mag abso- lut nicht, daß man ihn sieht. Also hat er etwas zu verbergen! Nicht wahr? Aber was? Um das handelt es sich! Und da muß man dahinter kommen unter allen Umständen! Das kann für Hedwig das allerwichtigste sein.“

Felix Mirbach hatte sich erhoben und griff nun rasch nach Ueberrod und Hut.

„Ich muß jetzt gehen, Agnes. Wann kann ich wiedertommen?“

„Jeden Tag,“ sagte die Frau. „Wann du willst.“

Aber Felix Mirbach schüttelte den Kopf. „Nein, nein. Ich werde vielerlei zu tun haben. Ich muß mich um Arbeit umsehen. Und dann weißt ja: die Leute. Uebrigens bitte ich dich: Rede nichts von Hugo Mahr mit anderen Leuten! Na? Ich werde da erst einmal selbst nachforschen. Du hast dich doch sicher getäuscht! Und dann bringst du den Dr. Richter und Mahr am Ende erst auf eine ganz falsche Spur und einstweilen entgeht ihnen die richtige. Lebe wohl, Agnes! Ich kann dir keine sichere Adresse sagen. Bin einmal dort, einmal da. Aber eine Nachricht erreicht mich schon, wenn du mir hauptpostlagernd schreibst. Unter meinem richtigen Namen! So! Und nun: Lebe wohl!“

Fortsetzung folgt.

Von Sonnabend, den 9. d. Mts. an
veranstatte ich einen

Extra billigen Verkauf

von

Tafelservicen nur gute Fabrikate
77tlg. 95,— 98,— 120,— 130,— 135,—

Küchengeräte
22tlg. 13,50 14,— 15,— 17,— 20,— 25,—

Kaffeesevice
9 teilig 5,75 6,75 8,50
15 „ 12,—

einzelne Porzellantassen mit Untertassen
bunt: 25 s 40 s 50 s 55 s 65 s
weiss: 35 s 35 s 40 s

Obige Waren sind auf extra Tischen ausgelegt.
Auf alle anderen Waren während dieser Zeit

15% Rabatt

Ausgenommen hiervon sind Original-Weck-Artikel und Lawn-Tennisbälle.

Beachten Sie bitte meine 11 Schaufenster

Alle Einkäufe verstehen sich während des billigen Verkaufs nur bei Barzahlung.

früher
Adolf Otto (Richard Haensch) Stolp

Öffentliche Versteigerung.

Am Sonnabend, den 9. August d. Js., vorm. 10 Uhr werde ich Sandberg 1 im Auftrage der Gosh & Neumann'schen Konkursverwaltung folgende Gegenstände, als:

Eine Kontoreinrichtung,
bestehend aus Tischen, Stühlen, Bücherregal, 1 Typendruker mit Satz (Cio), Lampen, 1 Kachelofen, 1 Delabfüllapparat, 1 Petroleumabfüllapparat, 1 Tafelwaage mit Gewichte u. a. m.,

ferner daran anschließend zwangsweise

1 Fahrrad, 1 Regenmantel, Armbanduhr, Ringe, Bilder, Militärmützen, Mäntel, Stiefel, Schuhe, 1 Fernglas, Spazierstöcke, 3 Fl. Schnaps, Zigarren, 1 Zigarettenschrank, 1 Reiseforb, 1 Kof er, 2 Schreibmaschinen, 1 Rauchtisch, 1 H. Tisch, 4 Stühle, 1 Tisch u. a. m.

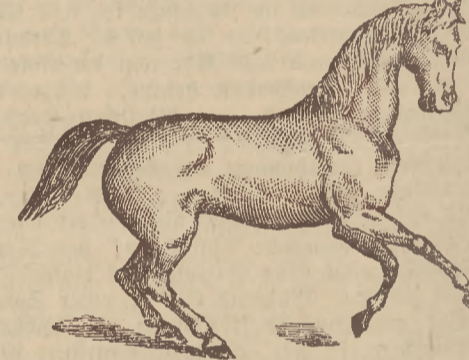
Öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolz, den 7 August 1924
Hafeney,
Gerichtsvollzieher.
Rüsterstraße 37 I

Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum Kaufe tief. und eich. Langholz in kleineren u. größeren Posten; desgl. biete an Schnittmaterial, Balken, Kantholz, Latten (auch nach Liste geschritten) sowie Kalk, Zement und andere Baumaterialien.

Paul Schulz
Baugehäft und Dampf- sägemerk
Amtsstraße 25/26.



Junge starke Erml. Ackerpferde, Reit- u. Wagenpferde
ältere Gebrauchsvierde und kleine Hanerndvierde empfiehlt billigst

C. Daber, Pferdehandlung
Grüner Weg 50. Fernsprecher 230.

Getreidemäher Garbenbinder
bewährtes deutsches Fabrikat

Komplettes Ersatzteillager.
Gustav Denzer.

Krieger-Verein 1876 Stolp
Zur Beichenparade des verstorben. Kameraden Heinrich Witt tritt der Verein am Freitag nachm. 4 1/2 Uhr im Vereinstokal an. Vollzähl. Erscheinen Ehrensache.
Der Vorstand.